

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Ercheint Sonnabends
Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 26, Klaus-Groth-Strasse 1, 1. Stod
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Ausblick.

Bei dem im Fluge der nie rastenden Entwicklung der gang wirtlich eingeschobenen Jahreswechsel unsere im letzten „Maler“ schon kurz gewürdigt worden, ist nicht minder wichtig, nun auch noch einen Blick vor uns liegenden und mit Wahrscheinlichkeit in den nächsten Monaten noch hervortretenden wichtigsten Aufgaben und die zu ihrer Lösung notwendig erscheinenden Maßnahmen zu werfen. Denn es war stets unser oberstes Prinzip, mit schönen Verheißungen und aus dem Handgelenk gebrachten Parolen und gewissermaßen von einem zum andern fortzuhelfen, sondern unsere Arbeiten nach klaren Richtlinien planmäßig vorzubereiten und unter Leitung der im Moment wirkenden, von stärkeren Faktoren bestimmten Tatsachen durchzuführen. Betrachten wir so unsere Lage dieses Jahres und berücksichtigen wir dabei die im Verhältnis des Maler- und Lackierergewerbes und die besondere Lage und die Bedürfnisse unseres Verbandes, ist sich folgendes:

Nach den Schlägen, die die Inflation vor allem in der Hälfte des Jahres 1923 der deutschen Volkswirtschaft zugefügt hat, hat sich das Malergewerbe verhältnismäßig schnell erholen können. Die jahrelang zurückgestellten Arbeiten erholen sich mit Notwendigkeit eine lebhaftere Arbeitslage durch die im letzten Sommer wohl alle verfügbaren Kräfte beschäftigt werden konnten; allerdings machten die Zahl nur etwa 40 % gegenüber dem Stande vor dem Krieg aus. Diesem Aufschwung des Malergewerbes steht ein Rückgang unserer Mitgliederzahlen gegenüber. So sonderbar das auf den ersten Blick erscheinen könnte, so selbstverständlich ist der Vorgang. Jeder mit den Verhältnissen Vertraute hat als Nachwirkung der Inflationerscheinungen der verschiedensten Art, die Arbeiterschaft hineingetragenen Parteistreites und die Arbeitslosigkeit, wenn auch nur vorübergehenden Art, unserer Unternehmerrichtungen und anderer Einrichtungen einen noch größeren Rückschlag befürchtet. Jedem ist unser Verband aber auch im Vergleich zu manchem sehr gut behauptet.

Nachdem die Stabilisierung der Währung die unablässige Überforderung der ohne überflüssig machte, haben wir alle Kräfte, besonders die danach freierwerbenden Bezirksleitungen, eingesetzt, um in den Filialen wieder ein aufbauendes, und bei der Erledigung der Verwaltungsarbeiten organisatorisch tätig zu sein. Das hat sehr gute Erfolge gehabt. In den kommenden Jahren aber muß in dieser Hinsicht noch weit mehr geschehen. Auch der Verbandsvorstand wird dabei mehr und mehr praktisch eingreifen. Wir werden durch Wort und Schrift sowohl bei unseren Verwaltungen als auch durch Arbeit auf die einzelnen Kollegen einwirken, darüber die Werkstatt- und Hausagitation systematisch beleben und in den Filialen Einrichtungen schaffen, die geordnete Hauskassierung und korrekte Führung der Kassengeschäfte gewährleisten. (Ein Leitaden der Filialverwaltungen erscheint in etwa 2 Wochen.)

Die Agitationsarbeit des kommenden Frühjahres muß zentralistisch auch auf unsere Lehrlinge und Jungmaler erstrecken. Je größer und tüchtiger unser gewerblicher Nachwuchs ist, desto erfolgreicher wird unsere berufliche organisatorische Wiederaufbauarbeit sein. Und je mehr wir die Regelung des Lehrlingswesens als ihr oberstes Recht betrachten, desto mehr müssen wir uns besonders Vorgehen und eigene Einrichtungen den Lehrlingen verschaffen, den wir mit Recht zu beanspruchen haben. In dieser Weise haben wir vor 25 Jahren uns auch die Anerkennung bei der Regelung der Arbeitsbedingungen der Maler erzwungen.

Die fachgewerbliche Weiterbildung, schon durch eine unserer Aufgaben und ein von uns erstrebtes Ziel, wird durch die mit aller Wahrscheinlichkeit vom 1. April 1925 herausgegebene Fachzeitschrift gefördert werden. Diese Schrift wird sicher allen an eine

erstklassige Fachschrift zu stellenden Anforderungen genügen und unsern Mitgliedern zu Bedingungen zugänglich werden, daß sie davon weitestgehenden Gebrauch machen können.

Auch der Organisierung und fachgewerblichen Fortbildung der Lackierer und in der Industrie auch sonst beruflich tätigen Kollegen werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir sind jetzt bei der Bearbeitung einer umfassenden Statistik der Verhältnisse unserer Industriekollegen und haben eine weitere Konferenz dieses Zelles unserer Mitglieder für das Frühjahr in Aussicht genommen, wobei auch die verschiedensten Branchen weitgehend berücksichtigt werden sollen. Unser „Lackierer“ wird noch weiter ausgebaut und aller Voraussicht nach in Zukunft öfter herausgegeben werden als bisher.

Seit dem 1. Dezember konnten wir zunächst die Arbeitslosenunterstützung wieder einführen und die Sterbeunterstützung erhöhen. Erschien das vorerst als ein etwas gewagter Schritt, so zeigt sich jetzt, daß wir durchaus in der Lage sind, unsere dadurch eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung hat so einmütige Zustimmung der Kollegen gefunden und organisatorisch so gute Wirkungen ausgeübt, daß auch die Wiedereinführung der Krankenunterstützung nur eine Frage der Zeit ist. Natürlich muß damit einhergehen eine weitere Stärkung unserer Finanzkraft, der selbstverständlich im Frühjahr ebenfalls die größte Aufmerksamkeit zu schenken ist.

Auch die Streikunterstützung ist vom Vorstand vom 1. Januar an — wie auch an anderer Stelle noch bekanntgegeben — erhöht worden. Wir hoffen, damit in nächster Zeit noch weiter gehen zu können, doch muß sich, wenn dies geschehen soll, die Zukunft genauer beurteilen lassen und die Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Beitragsleistung Hand in Hand gehen.

Bei wirtschaftlichen Kämpfen hat unser Verband stets seinen Mann gestanden. Auch diesen Winter hindurch sind andauernd zahlreiche Kollegen der Industrie an Lohnbewegungen, an Streiks und Aussperrungen beteiligt. Vielfach gehen sie auch allein vor, um in Betrieben, in denen sie zurückstehen und bei allgemeinen Bewegungen nicht genügend berücksichtigt wurden, sich ihre Ansprüche zu erkämpfen. Selbstverständlich wird dabei die erforderliche Rücksicht auf Allgemeininteressen der mitbeteiligten übrigen Arbeiterschaft genommen, aber trotz alledem läßt sich dort, wo die Kollegen einheitlich organisiert sind, durch unser Eingreifen sehr viel erreichen. Das haben die letzten Monate gezeigt.

In kürzester Zeit — Ende Februar — stehen wir vor dem Ablauf des jetzt gültigen Lohnabkommens zum Reichsstarifvertrag. Natürlich werden bei den darum nötigen zentralen Verhandlungen die Anschauungen der Unternehmer, die, geleitet von ihren Klasseninteressen, in niedrigen Löhnen ihr Heil erblicken, mit der von uns aus allgemeinen Gesichtspunkten und vom Standpunkt der Gehilfenschaft vertretenen gegenteiligen Meinung wie stets heftig zusammenstoßen. Davon, wie weit sich dabei auch unsere Unternehmer die Pläne der ausgesprochenen Scharfmacher eignen, wird es abhängen, ob wir auch weiter durch Verhandlungen zum Ziel kommen.

Daß darüber hinaus die Möglichkeit für ernste Kämpfe um Lebensfragen der Arbeiterklasse, um den Achtstundentag und andere hervorragende sozialpolitische Fragen besteht, bedarf hier keines weiteren Hinweises. Der Ausfall der Reichstagswahlen am 7. Dezember hat bekanntlich die politischen Machtverhältnisse nicht zugunsten der sozialpolitischen Reaktion verschoben, trotzdem oder gerade deshalb aber werden ihre Machter von ihnen arbeiterfeindlichen Plänen nicht zurückstehen.

Weiter werden wir der Förderung des Gesundheits- und Unfallwesens unserer Kollegen nach wie vor die größte Aufmerksamkeit schenken. Auch auf diesen Gebieten sind bereits bestimmte Vorbereitungen zu besonderen Maßnahmen getroffen, über die gelegentlich weitere Mitteilungen erfolgen werden.

Große Aufgaben harren der Gewerkschaften ferner bei den Kämpfen um die Verteilung der Lasten, die das deutsche

Volk zu tragen hat, wenn es die ihm infolge der militärischen Niederlage auferlegten Leistungen erfüllen soll. In den zu erwartenden Zoll- und Steuerkämpfen und in der Abwehr verantwortungsloser Katastrophepolitiker, die die nationalen Leidenschaften bis zur Entfesselung neuer offener Konflikte zwischen den Völkern treiben möchten, statt einer allmählichen Verständigung zugustehen, werden die Gewerkschaften mit an erster Stelle stehen und auch wir zu unserm Teil mitwirken.

Unser Verband steht im Zeichen eines bemerkenswerten Jubiläum. In diesen Wochen waren vor 40 Jahren weltbekannte Kollegen damit beschäftigt, die Durchführung der zu Weihnachten 1884 auf einem Kongress in Dresden beschlossenen Statuten unseres Verbandes ins Leben gerufenen Zentralverbandes vorzubereiten, damit sie vom 1. April 1885 an in Kraft treten konnten. An diesem Tage werden wir unsere Kollegen aufrufen, dieses Ereignisses einfach aber würdig zu gedenken und unsere besonders langjährigen Mitglieder, die unserm Verbands trotz vieler Hindernisse und schwerer Prüfungen die Treue hielten, durch ein äußeres Zeichen ehren.

Wir sind überzeugt, daß diese Erinnerung an die verfloßene Zeit unsere Kollegen anspornen wird, in dem bisher gepflegten Geiste tatkräftig fortzuarbeiten, so daß der Wiederaufbau dessen, was der Krieg und die ihm folgenden Stürme vernichteten, in kürzester Zeit erfolgt ist und schon im Frühjahr unser Verband über den höchsten Friedensstand hinaus entwickelt werden kann. Dieses Ziel wird um so eher zu erreichen sein, als wir aller Voraussicht nach einer sehr guten Geschäftstätigkeit entgegensehen und auch in unsern Kollegentreifen der Wille zu verstärkter Organisationsaktivität, zur Zurückweisung aller von außen her geschürten Streitigkeiten und zum festen Zusammenschluß in ihrer durch überzählige erfolgreiche Tätigkeit erprobte Organisation deutlich in Erscheinung tritt.

Die Weltlage der Sozialpolitik.

Die Lage der Sozialpolitik hängt in erster Linie von dem Zustand der allgemeinen Politik ab. Deshalb fallen die Phasen der Sozialpolitik der Nachkriegszeit mit den Wandlungen der politischen Kräfte zusammen.

Die revolutionäre Welle beschleunigte in unerhörtem Maße das Tempo der sozialpolitischen Entwicklung. Trotz der Krisenerscheinungen, die die militärische Niederlage in den besiegten Staaten begleiteten, ging der sozialpolitische Fortschritt stürmisch vor sich. Die allgemeine Verbreitung der Arbeitslosenfürsorge milderte die Wirkung der Krise in der Revolutionszeit. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, der Betriebsrätegedanke, hat seine Formen der russischen Revolution entliehen.

In den Siegerstaaten und bei den Neutralen vermochte man der revolutionären Welle auf dem Gebiet der Sozialpolitik keinen Widerstand zu leisten. Durch die Konjunktur der wirtschaftlichen Wiederherstellung wurde der Siegeslauf der Sozialpolitik nur gefördert. Die revolutionäre Schöpfung der Nachkriegszeit, der Betriebsrat, hat zwar die Grenzen der Westmächte nicht überschritten, aber der Achtstundentag wurde Gemeingut der europäischen Sozialpolitik.

In den andern Weltteilen stehen sich die Fernwirkungen der ost- und mitteleuropäischen Revolution ebenfalls gegenüber. Seit 1917 befindet sich die mexikanische Sozialpolitik im Stadium der revolutionären Umwälzung. Die Einführung des Achtstundentages in Argentinien Anfang 1923 gehört auch zu den Nachwirkungen der europäischen Revolutionen.

Und selbst in den Friedensverträgen, diesen Schöpfungen des militärischen Geistes, sind Züge wahrzunehmen, die auf einen revolutionären Ursprung hinweisen. Die internationale Arbeitsorganisation, die Schaffung einer organisatorischen Grundlage für die internationale Sozialpolitik, sind revolutionäre Spuren im Werke der militärischen Reaktion, das den zweiten reaktionären Abschnitt der Sozialpolitik der Nachkriegszeit eingeleitet hat.

Die Stärkung des Militarismus, die mit den imperialistischen Friedensverträgen in Hand ging, rief in den Siegerstaaten eine reaktionäre Wendung hervor. Dieser Umschwung wurde durch die eingetretene Wirtschaftskrise nur noch verstärkt. Die Wirtschaftskrise wirkt in unsern Zeitaltern hemmend auf die sozialpolitische Entwicklung. Nicht zu jeder Zeit hat sie eine ähnliche Wirkung ausgeübt. Heute glaubt man nicht daran, daß mit der Sozialpolitik ein Damm gegen die sozialistische

Flut erreicht werden kann. Oft hat ebendam die politische Reaktion mit dem sozialpolitischen Fortschritt über wenigstens mit dem fortschrittlichen Ausbau gewisser Zweige der Sozialpolitik gekämpft. Im Jahre 1896 hat man gegen das Koalitionsrecht, gegen den Arbeiterschutz gekämpft, aber die Sozialversicherung wollte man ausbauen. Jetzt ist die Reaktion gegen sämtliche Lebenserscheinungen der Sozialpolitik, und wo die Träger der Arbeiterbewegung, besonders die Gewerkschaften, durch die Krise geschwächt sind, führt sie einen Feldzug gegen alle Fronten der Sozialpolitik.

Der Angriff der Reaktion hatte aber nicht dort den größten Erfolg zu verzeichnen, wo die Krise am heftigsten wütete, sondern dort, wo die politische Organisation der Arbeiterklasse die geringste Kraft zu entfalten vermochte. So unter den Siegerstaaten nicht in dem von der Krise am meisten bedrohten England, sondern in Frankreich und in Italien. In England hat man zwar die Arbeitsgemeinschaften, die Winter-Ausschüsse abgebaut, die Tätigkeit der Gewerkschaften eingeschränkt, gegen die Gilden eine feindliche Stellung eingenommen, ja sogar gegen die politische Arbeit der Gewerkschaften einen Gesetzentwurf vorbereitet, aber im großen und ganzen ist der gewalttätige Bau der englischen Sozialpolitik fast unberührt geblieben. In Frankreich dagegen wurde die Gewerkschaftskommission durch ein Gerichtsurteil aufgelöst, der Achtstundentag an zwei Stellen durchbrochen und mit dem Protokoll gegen die Zuständigkeit der internationalen Arbeitsorganisation in den Fragen der landwirtschaftlichen Sozialpolitik ein Angriff gegen die internationale Sozialpolitik eingeleitet. Die Ergebnisse der italienischen Reaktion sind bedeutend, aber nicht so augenfällig, weil die revolutionären Erregungszustände der italienischen Arbeiterklasse wegen ihrer konventionellen Einstellung meistens nicht gesetzmäßig verankert wurden.

Wahrscheinlich ist der Sachverhalt in den besiegten Staaten. Die sozialpolitische Reaktion hat ihren Höhepunkt nicht in dem von der Krise am stärksten heimgeuchten Oesterreich und Deutschland, sondern im agrarischen Ungarn erreicht. Und die politisch gespaltenen Arbeiterbewegungen konnte in Deutschland gegen die reaktionären Tendenzen einen viel geringeren Widerstand leisten als in dem fast einheitlichen Oesterreich.

Die Motive und die Taktik der deutschen Reaktion, der es gelungen ist, den Achtstundentag zu umgehen und viele andere sozialpolitische Gesetze zu sabotieren, gewähren einen tiefen Einblick in den Mechanismus der sozialpolitischen Reaktion. Die eigentliche Zielscheibe der Offensive der deutschen Scharfmacher ist nicht die sozialpolitische Gesetzgebung, sondern die Macht der Gewerkschaften, ihr wichtiges Ziel die Wiederherstellung jenes Zustandes uneingeschränkter Herrschaft über kleinere Produzenten, Konsumanten und Arbeiter. Deshalb hat die deutsche sozialpolitische Reaktion einen feudalen Anstrich und ist mit den monarchistischen Wiederherstellungsbestrebungen seelenverwandt. Hier industrielle Herzogtümer, dort militaristische Monarchien!

Aber die Grenzen der sozialpolitischen Reaktion weisen auf die relative Stärke der Widerstandskraft der modernen Arbeiterbewegung. Selbst in den Ländern des Faschismus, in Ungarn, Spanien, Italien, konnte man die Gewerkschaften nicht vernichten und ohne eine gesetzliche Regelung vermochte nicht nur die bedeutsamste englische, sondern sogar die ungarische Arbeiterklasse den Achtstundentag im großen und ganzen zu bewahren. Und der italienische Faschismus suchte, wenn auch in schwächerer Form, den Achtstundentag gesetzlich zu verankern.

Durch den Umschwung in der englischen und französischen Politik, die mit einer leichten wirtschaftlichen Entspannung parallel läuft, ist der dritte Abschnitt der Sozialpolitik der Nachkriegszeit gekennzeichnet. Durch diese politische Wendung wurde nicht nur der Angriff gegen den Achtstundentag und Koalitionsrecht in den Siegerstaaten aufgeschoben, sondern durch die Förderung der internationalen Sozialpolitik selbst die deutsche sozialpolitische Reaktion gehemmt und der Entwicklung der europäischen Sozialpolitik neue Horizonte eröffnet. Die sozialpolitische Entwicklung verfolgt, wie jede Entwicklung, einen zigzagweg. Als man in Deutschland Betriebsräte schuf, richtete sich die französische Reaktion gegen die Sozial-

politik, und jetzt, wo die deutsche Reaktion auf allen Fronten gegen die Sozialpolitik kämpft, werden die Mindestforderungen der französischen Gewerkschaften in Frankreich zum Regierungsprogramm; in Deutschland spricht man von einem Abbau der Sozialversicherung, in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in der Schweiz dringt der deutsche Gedanke der Arbeiterversicherung durch. In Deutschland denkt man an den Abbau des Reichswirtschaftsrates, in Frankreich an den Aufbau einer ähnlichen Institution; in Deutschland baut man die alte sozialpolitische Ideologie ab, in Frankreich und England wird diese Ideologie übernommen. Dieser neue Abschnitt der Sozialpolitik hat bisher mehr auf dem Gebiet der Defensiv als auf dem der Offensiv geleistet, hat mehr Pläne als sozialpolitische Fertigprodukte geschaffen; aber die Zeitspanne, in der sie wirken konnte, war ziemlich kurz, und wird ihr allgemeiner politischer Unterbau von Dauer sein, dann werden ihre Ergebnisse und Fernwirkungen gewiß nicht ausbleiben.

Die Zukunft der Weltsozialpolitik hängt heute in großem Maße von jenen Mächten ab, die wirtschaftlich den Weltkrieg gewonnen haben, von den Vereinigten Staaten und von Japan. Es sind Anzeichen vorhanden, die in diesen Staaten auf eine günstige sozialpolitische Entwicklung weisen. Die politische Linksschwenkung der amerikanischen Arbeiterklasse, die in der Unterstützung La Follettes zum Ausdruck kam, geht mit einer gewerkschaftlichen Linksschwenkung parallel. Auf dem amerikanischen Gewerkschaftskongress, der Ende 1923 unweit der mexikanischen Grenze, in El Paso, abgehalten wurde, hat man die Einheitsfront des Weltproletariats, das Zusammenarbeiten mit Amsterdam stark betont. Wenn die Entwicklung des amerikanischen Proletariats einen dem englischen ähnlichen Lauf nimmt, so wird das der Weltsozialpolitik einen mächtigen Impuls geben. Aus den letzten Kundgebungen der japanischen Gewerkschaften, die bisher in den Kinderstühlen stecken und die jetzt die Notwendigkeit einer rationalen, europäischen Gewerkschaftspolitik hervorheben, können wir folgern, daß die japanische Bewegung ihre Sturm- und Drangperiode überschritten hat und daß auch die japanische Arbeiterklasse den europäischen Weg finden wird, den die japanischen Kapitalisten bereits gefunden haben.

In der sozialpolitischen Entwicklung der Zukunft wird neben den Vereinigten Staaten und Japan auch Indien eine wichtige Rolle spielen. Für den verhältnismäßig raschen Fortschritt der Weltsozialpolitik ist Indiens Entwicklung charakteristisch. Vor dem Kriege war der Achtstundentag in Oesterreich und in der Schweiz gesetzlich eingeführt; heute hat Indien den Achtstundentag und nähert sich schon dem Vorkriegsniveau der Sozialpolitik in Oesterreich und in der Schweiz.

Die große Bedeutung Indiens und anderer rückständiger Länder ist auch ein Beweis für die ungemessene Wichtigkeit der internationalen Sozialpolitik. In fortgeschrittenen Ländern kann eine Reaktion die Erregungszustände fortgeschrittlicher Perioden nicht so leicht wegschwemmen wie in rückständigen; deshalb ist in diesen die internationale Bindung so notwendig, deshalb kann in diesen die internationale Sozialpolitik als eine Art Versicherung gegen die politische Depression, als eine Bürgschaft für die Aufrechterhaltung der Erregungszustände günstiger Zeiten betrachtet werden.

Das Abflauen der Weltwirtschaftskrise.

Das Gesamtbild der Weltwirtschaft zeigt, was die wichtigsten Länder betrifft, eine Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeiten. Am deutlichsten äußert sich diese Belebung durch die verbesserte Weltlage der Textil-, Eisen- und Stahlindustrie und des Baugewerbes. In bezug auf die Textilindustrie bestand zwar in Frankreich, Belgien und Italien das ganze Jahr hindurch eine gute Konjunktur; selbst die deutsche Textilindustrie war, soweit billige Bedarfartikel in Frage kamen, zeitweilig gut beschäftigt. In den zwei großen Textilländern, in England und in den Vereinigten Staaten, war aber eine schwere Krise vorhanden, die erst in den letzten 2 Monaten eine Besserung zeigte. In England wurde bisher in den Textilfabriken Lancashire, wo amerikanische Baumwolle verarbeitet wird, nur 26 Stunden in der Woche

gearbeitet; vor einigen Wochen wurde die Arbeitszeit auf 32 Stunden erhöht; demnach soll eine Ausdehnung der Arbeitszeit erfolgen. In den Vereinigten Staaten war aber die Lage nicht selbst zur größten Hochkonjunktur im ersten Quartal dieses Jahres sehr schwer. In den letzten 2 Monaten wurde aber diese Krise beinahe behoben.

Noch bezeichnender ist die veränderte Weltlage Eisen- und Stahlindustrie. Hier war die Krise am heftigsten, die Arbeitslosigkeit am größten. Mit dem vollständigen Verschwinden dieser Krise ist vorerst noch rechnen. Die Leistungsfähigkeit der gesamten Eisen- und Stahlindustrie der Welt ist gegenwärtig mindestens die Hälfte höher als vor dem Kriege, und demnach geschwächte Kaufkraft der verarmten Völker gegen In dieser Lage bedeutet es schon viel, wenn eine wesentliche Erleichterung der Weltmarktlage zu verzeichnen ist. In ist in der Tat eingetreten. Aus sämtlichen Eisenländern wird die Belebung des Eisen- und Stahlmarktes berichtet. In Deutschland betrug die Arbeitslosigkeit in der Eisenindustrie im Sommer noch über 28% der Gesamtbeschäftigten, und die noch beschäftigten waren zum großen Teil auf Kurzarbeit gestellt. Im September betrug die Arbeitslosigkeit von den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes noch über 18%, die Kurzarbeit über 22%. In der letzten Zeit hat sich die Lage sehr wesentlich verbessert. Die Besserung ist vielfach auf die bevorstehende Erhöhung der Eisenzölle und die Schaffung des Rohstahlverkaufsbeziehungsweise die Vorbereitung des Internationalen Rohstahlkartells zurückzuführen. Aus Angst vor Preissteigerungen, große Bestellungen ein. In Belgien bestand vor kurzem infolge der Stabilität des belgischen Franc eine Krise der Eisen- und Stahlindustrie — diese gilt bereits als überwunden. Der englische Eisen- und Stahlmarkt hat eine wesentliche Belebung erfahren. Nach der Präsidentenwahl in Amerika hat die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie, die während des Sommers eine geheuzte Krise durchmachte und deren Lage trotz der Besserung seit August noch gedrückt blieb, einen großen Aufschwung genommen. Die Eisenbahnen rüderten mit ihren Bestellungen im Betrag von über einer Milliarde her und auch sonst entstand eine große Nachfrage. Die Eisen- und Stahlindustrie Frankreichs war die einzige, wo überhaupt keine Krise bestand, und so ist es verständlich, dort die Konjunktur auch gegenwärtig anhält.

Die Lage des Baugewerbes zeigt trotz der Wintermonate in einer ganzen Anzahl von Ländern ebenfalls eine Belebung. Der lange zurückgebrängte Bedarf an Wohnungen bricht jetzt gewaltig durch und führt zu vermehrter Bautätigkeit der Gemeinden wie der Privatleute. Dies wirkt auf die Nachfrage auf den Eisen-, Stahl- und Holzmarkt günstig zurück.

Die verbesserte Wirtschaftslage spiegelt sich auch in den Handelsbilanzen dieser Länder wider. In den Vereinigten Staaten ist in einer Anzahl von Ländern haben in der letzten Zeit vermindert, und zwar nicht durch Einschränkung der Einfuhr, sondern durch Erhöhung der Einfuhr. Deutschland befindet sich nicht unter diesen Ländern. Die deutsche Handelsbilanz hat sich in den letzten Monaten verschlechtert. Dagegen weisen die Handelsbilanzen Frankreichs, Belgiens, der Vereinigten Staaten eine wesentliche Besserung auf. Dasselbe gilt für die Schweiz, Holland und die 8 skandinavischen Staaten, deren Wirtschaftslage sich gegenüber dem Vorjahre auch sonst wesentlich gebessert hat. Ja, sogar in Oesterreich gelang es, die Handelsbilanz in den letzten Monaten durch verminderte Ausfuhren zu verbessern, wenn auch die Wirtschaftslage Oesterreichs sonst immer noch sehr gedrückt ist.

Was sind die Gründe für das Abflauen der Weltwirtschaftskrise? Wird es nachhaltig sein? Was die Folgen wird es haben? Darüber einige kurze Bemerkungen. Kein Zweifel, daß für die Weltwirtschaftskrise eine verminderte Kaufkraft der Bevölkerung verantwortlich ist. Nun haben sich die Reallohne und Realgehälter der Arbeiter und Angestellten im allgemeinen nicht erhöht. In der letzten Zeit erfolgten zwar in einer Anzahl von Ländern Lohnerhöhungen, die aber nur teilweise den Ausgleich der steigenden Teuerung dienten, ob-

Theodor York und seine Zeit.

Von Karl Zwing, Jena.

Die erste Kern-gewerkschaftliche Organisation, die im Verlauf der 18er Revolution eingeleitet wurde, war mit der darauffolgenden Reaktionsperiode zum Erliegen gekommen und wurde schließlich ganz aufgelöst. Das dieser Zeit dann folgende Jahrzehnt mit seinen großen wirtschaftlichen Aufschwüngen war, neben dem politischen Land, dem Wiederentstehen des Organisationsgedankens auch nicht günstig gewesen. Erst die 60er Jahre des vorletzten Jahrhunderts brachten dann einen Umschwung. Zunächst wurde die Arbeiterklasse von dem politischen Organisationsgedanken befreit. Aber der gewerkschaftliche Organisationsgedanke folgte dem politischen auf dem Fuße. Es ist äußerst charakteristisch für die deutsche Arbeiterbewegung, daß die ersten Gewerkschaften nicht aus den einzelnen Berufen selbst heraus emporwuchsen, sondern von den politischen Parteien gegründet wurden — von den beiden sozialistischen Parteien (Kassale und Deutscher Arbeiterpartei), dann von der Fortschrittspartei (Frisch-Länder). Eine Ausnahme machten nur die Berufsverbände der Buchdrucker, Schneider und der Tabakarbeiter, die, antizipierend an ihre Organisationen von 1818, selbständig die Initiative ergriffen. Die marxistischen Arbeiterpartei vertritt die Forderung der Gründung der Gewerkschaften, welche wir in diesem Zusammenhang nicht erörtern. Man darf sich aber keine Illusionen machen, daß bei den Sozialdemokraten und der Fortschrittspartei nur zu dem Motiven...

„daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fraktionierung der Existenz und zur Fortpflanzung nötig ist“. Die logische Folge dieser Doktrin war, daß Kassale die Arbeiter in eigene Unternehmer verwandeln mußte. Daher die Forderung der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe. Die Selbsthilfe und eigene Kraft der Arbeiterklasse hatte im Kassaleschen System nur eine sehr untergeordnete Rolle. Durch Arbeitsgemeinschaften die ökonomische Lage zu verbessern, dieses hervorragende Kampfmittel konnte im Kassaleschen System denn auch keinen Platz haben. Der bedeutendste Vertreter der Kassaleschen Theorie nach dessen Tode, Jean Baptiste Schweitzer, sah in dem Streik nur ein „vorzügliches Mittel, die Arbeiterbewegung zum Ausdruck zu bringen“, hielt aber den Streik ökonomisch notwendig für erfolglos. Die politische Organisation der Kassaleaner war auf diese Doktrinen festgelegt. Aber trotzdem ging Schweitzer mit ein anderer Kassaleaner, Frisch, im August 1868 dazu über, Gewerkschaften, die sogenannten „Arbeitervereine“, ins Leben zu rufen. Es wird von der Geschichtsschreibung vielfach angenommen, um den Bestrebungen Bebel-Liebnecht's damit vorzuzugreifen. Auf einem Arbeiterkongress im Oktober 1868 wurde beschlossen, die Arbeitervereine in 32 Bezirke zu gliedern. Strengste Zensur wurde durchgesetzt. Mit dem Anschluß dieser „Arbeitervereine“ an die politische Partei, den „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereinen“, wurde das Wesen der Gewerkschaften vollständig ignoriert. Denn das Wesen der Gewerkschaften ist die Selbsthilfe, das vornehmste Prinzip des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ war aber die Staatshilfe. Später wurde, durch den sogenannten „Eisenstreik“, Schweitzer die berufliche Überlegenheit wieder aufgehoben und sämtliche Bezirke im „Arbeiterunterstützungsverband“, mit örtlichen Unterarten und bürokratischen Vollmachten des Präsidenten Schweitzer, zu-

sammengefaßt. Damit waren die Schweizerischen Gewerkschaften vollständig zu einer Parteieinrichtung geworden. Waren die Schweizerischen Gewerkschaften „gegründet“ so ließen Bebel-Liebnecht, die andere Gewerkschaften, die Gewerkschaften organisch an den zunächst unter dem Einfluß der Fortschrittspartei stehenden Arbeiterbildungsvereinen, die etwa seit 1867 unter den Einflüssen Bebel's gekommen waren, herauszuwachsen. 1868 entwarf Bebel ein Musterstatut für die Gewerkschaften, das sich zwar in allgemeinen an die Internationale Arbeiterassoziation anlehnte, das Wesen der Gewerkschaften viel klarer als die Kassalesche Richtung erkannte, aber doch waren all diese Organisationen mehr oder weniger Parteianhänger, denn selbständige gewerkschaftliche Organisationen.

Neben diesen mehr oder weniger politischen Anhängern waren dann noch die bereits erwähnten Berufsverbände der Tabakarbeiter, Schneider und der Buchdrucker, die mehr oder weniger auf der Grundlage der englischen Trades Unions errichtet waren mit dem Unterschied, daß sie nicht wie die englischen Trades Unions lokalistisch, sondern zentralistisch-föderativ Charakter hatten.

So sehen wir in dem ersten Jahrzehnt des Wiederentstehens des gewerkschaftlichen Organisationsgedankens ein buchstäbliches Durcheinander von Verdammung und Anerkennung von Förderung und Hemmung des Gewerkschaftsgedankens sehen aber auch von einer andern Gruppe ein Suchen und Ringen um Verselbständigung und Entwicklung des Gewerkschaftsgedankens und Herausarbeitung seiner wirklichen Probleme.

Einer der bedeutendsten Köpfe dieser letzteren Gruppe war der Arbeiter Theodor York aus Harburg, dessen Todesstag am 1. Januar 1925 sich zum 50. Male jährte.

* Über die Fortschrittspartei: Dr. Max Kuwert, Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848-1868, Berlin, E. S. Giedrich, Leipzig, 1924. Über die Fortschrittspartei: Dr. E. 1924, S. 116; Stephan Peon und die Arbeiterbewegung.

* Über die Internationale Arbeiterassoziation siehe: Kantel, Die Inauguraladresse, S. 6. W. Dieg, 1924. — Gewerkschafts-Verband, Nr. 5, 1924, S. 240 ff.

...kohn stellt zu erlassen. Dagegen hat sich die Kon-
 der erhöhten Preise für die landwirtschaftlichen Pro-
 überall in der Welt gehoben. Die Industrien für
 wirtschaftliche Maschinen und Düngemittel spüren un-
 aber, andere Industriezweige aber mittelbar die
 erhöhte Verbrauchsfähigkeit der Landwirte. In
 Vereinigten Staaten hat der Staat hierzu viel bei-
 insbesondere mit Rücksicht auf die Präzisions-
 wo die Ertragsminderungen der Landwirtschaft durch die
 ergriffen werden sollten. Nach der Präsidenten-
 werden aber die besonderen Begünstigungen für die
 Wirtschaft wahrscheinlich anheben. Der verstärkte
 kraft der Landwirtschaft steht aber auf der anderen
 die herminderte Kaufkraft der übrigen Bevölkerung
 ge der Teuerung im Wege. Würden Agrarprodukte ein-
 die zur Verminderung der Produktion und weite-
 Verteuerung der Preise führen müßten, so wird in
 auf die Erhöhung der allgemeinen Kaufkraft mehr
 ren als gewonnen. Die Teuerung ist im übrigen eine
 Erscheinung, die, wenn sie nicht gehoben werden kann,
 längerer Dauer zu neuer Einschränkung der Pro-
 und Krisenverschärfung führen muß. Dabei steht
 Tatsache fest, daß die Preise der Produktions- (Kapi-
 Güter, wie Halbstoffe, Werkzeuge, Maschinen usw.,
 ergleich zur Vorkriegszeit im Preis immer noch höher
 als die Verbrauchsgüter, die in den unmittelbaren
 auf hinüngerhen, trotz der Verteuerung der letzteren.
 Umstand zeigt, daß die Krise noch nicht überwunden
 die Wunde nur durch eine Verbilligung der Preise für
 Konsumgüter und in n o c h e r e n A u s m a ß für
 Produktionsgüter behoben werden. Die Behebung der
 schaft, worüber berichtet wurde, ist eben vielfach
 ist. Bei Eisen und Stahl haben wir bereits auf
 all- und Kartellfrage als belebende Momente für den
 Hinblick hingewiesen. Insofern aber die Behebung der
 schaft auf die Ausbesserung derselben zurück-
 greifen ist — das sind die bekanteten „Gangerturen“ der
 kapitalistischen Wirtschaft —, so ist der hierdurch hervor-
 brachene Aufschwung nur kurzlebig und dauert nur so
 bis der dringende Bedarf gedeckt ist, um einer
 neuen Krise Platz zu machen, es sei denn, daß die Kauf-
 erhöht werden kann. Hierfür sind aber die Aussichten
 nicht des Vorbringens der Kräfte und Kartelle nicht
 ist. Auch sonst konnten wir in der letzten Zeit die
 Richtung machen, daß das Wechselspiel zwischen Kon-
 und Krise gegenwärtig in einem viel rascheren
 so vor sich geht und auf kurze Konjunkturperioden
 rascher als früher der Aufschwung erfolgt. In dieser
 des Kapitalismus müssen wir auch weiterhin mit
 Rückschlüssen rechnen. Im Hinblick auf diese Rückschlüsse
 man auch für die so z i a l e B e w e g u n g der nächsten
 nichts Sicheres voraussetzen. Bei einer längeren
 der besseren Wirtschaftslage kann man auf Grund
 bisherigen Erfahrungen auf einen Aufschwung
 sozialen Bewegung gefaßt sein, sowohl was
 Organisierung der Arbeiterkraft wie deren Aktions-
 tätigkeit zur Durchsetzung ihrer Forderungen anbelangt.

Interarbeit für das Malergewerbe.

In unseren Mitteilungen in den Nummern 49 von 1924
 von 1925 des „Maler“ über die Bemühungen zur Be-
 ding von Winterarbeit unter andern in Bremen, Hamburg,
 in Sachsen, Thüringen, Provinz Sachsen, Württemberg,
 in usw. ist noch nachzutragen, daß auch in Frankfurt a. M.
 der Zwangsaktion und unserm Verbande eine ähnliche
 unternommen wurde. In der hier abgefaßten Stim-
 die städtische Baudeputation wurde vor allem auf
 notwendigen Arbeiten in Schulen, Krankenhäusern, Bade-
 läden usw. hingewiesen und hervorgehoben, daß gerade
 Arbeiter sich besonders zur Ausführung in den Winter-
 aben eignen. Es wird, dann ferner auf die im nächsten
 aben bestimmt zu erwartende gute Konjunktur und den
 wahrscheinlich eintretenden Mangel an geeigneten Fach-
 ern aufmerksam gemacht.
 Die uns weiter aus Bayern berichtet wird, hat dort
 Zeit im Landtag einen Antrag eingebracht, in dem er-
 t, daß für die Innenaussattung der behördlichen Räume
 L, die für den Stat von 1925 vorgesehen sind, schon

...jetzt verwendet werden dürfen. Es ist damit zu rechnen, daß
 dieser Antrag angenommen wird.
 Aus verschiedenen Orten sind Mitteilungen eingegangen,
 daß man dort in gleicher Weise vorgeht oder dies beabsichtigt.
 In einigen Fällen scheinen die Unternehmer der Sache kein
 Interesse entgegenzubringen.
 Wir erlauben, daß man überall, wo Arbeitslosigkeit zu
 befürchten ist, dem von uns bekanntgegebenen Vorgehen einiger
 Bezirke und vieler Städte folgt und daß man uns von allen
 diesen Maßnahmen Kenntnis gibt, am besten durch Einfindung
 der versandten Eingaben und sonstigen Schriftstücke, der
 Antworten und Zeitungsnachrichten, vor allem aber auch der
 Antworten der Behörden und privaten Auftraggeber. Auch
 über den Erfolg des Vorgehens, soweit sich dies natürlich
 überhaupt feststellen läßt, muß berichtet werden, und zwar nicht
 nur an den Vorstand, sondern in den einzelnen Städten auch
 an den einzelnen Werkstätten an die Filialverwaltungen.

Zumutungen an arbeitslose Malergehilfen.

Wir haben in früheren Jahren mehrfach Beschwerden
 unserer Verwaltungen aus verschiedenen Orten über un-
 berechnigte Zurückweisung unserer arbeitslosen Kollegen
 von der Erwerbslosenfürsorge erhalten. Trotzdem wir die
 gerügten Maßnahmen meist sofort wieder beiseite legen konn-
 ten, wundert es uns nicht, daß auch in diesem Winter in
 ähnlicher Weise an einigen Stellen vorgegangen wird.
 Denn gewisse Unterbehörden sind nun einmal schon immer
 gern päpstlicher gewesen als der Papst, zumal wenn es
 gegen die Arbeiter geht.
 So hat der Vorsitzende des Arbeitsnachweises in
 Dillit einem unserer Kollegen mitgeteilt, seinem An-
 trage auf Gewährung der Erwerbslosenunterstützung könne
 zurzeit nicht stattgegeben werden, weil er als Saison-
 arbeiter höhere Tariflöhne gehabt habe als andere
 Arbeiter. Der verdiente Lohn übersteige im wesentlichen
 den Lohn der Arbeitnehmer, die nicht Saisonarbeiter seien.
 „Sie müssen mithin in der Lage sein,“ so heißt es in dem
 mehr als sonderbaren Bescheid zum Schluß, „auch ohne
 Unterstützung eine längere Zeit auszukommen.“
 Was wohl der Herr, der hier den Ausschlag gegeben
 hat, sagen würde, wenn man ihn, trotz seines viel höheren
 Verdienstes, ebenso behandelte? Zudem ist in der
 Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 16. Fe-
 bruar 1924 gar keine Rede davon, daß sogenannte Saison-
 arbeiter anders zu behandeln seien als andere. Aber auch
 der Hinweis auf die „hohen“ Löhne unserer Kollegen trifft
 ganz daneben; denn diese werden durch die unfähigen
 Arbeitsverhältnisse oft durch vorübergehende Arbeitslosigkeit
 in der günstigen Jahreszeit und durch Minderverdienste
 vom Anfang des Winters an durch verkürzte Arbeitszeit
 sehr vermindert. Und bei den niedrigen Löhnen in der
 Industrie sind doch die Mehrverdienste durch Akkordarbeit,
 durch soziale Zulagen und durch die Ständigkeit der
 Arbeitsgelegenheit zu berücksichtigen. Der Hinweis in § 8
 der Verordnung, daß nur arbeitsfähige und arbeitswillige
 Personen Unterstützung erhalten sollen, „die sich infolge
 des Krieges durch gänzliche oder teilweise Erwerbslosigkeit
 in bedürftiger Lage befinden“, kann hier keinesfalls in
 Betracht kommen, zumal es in § 7 Biffer 6 ausdrücklich
 heißt: „Meiner Weis (Eparagroschen, Wohnungseinrich-
 tungen) darf für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht
 in Betracht gezogen werden.“ Welche Vorstellung macht
 sich der hier maßgebende Herr wohl von den „Epar-
 groschen“ unserer Kollegen, noch dazu, nachdem sie während
 und nach dem Kriege und durch die die Arbeiter doch am
 meisten geschädigte Inflation jahrelang ganz außerstande
 waren, auch nur die geringsten Anschaffungen zu machen?
 Hier zeigt sich ein geradezu empörender Mangel an so-
 zialem Empfinden, der freilich in Deutschland in weitesten
 Kreisen des Bürgertums, das sich durch unerhörte Preis-
 aufschläge auf die von ihm dargebotenen Waren für den
 Bedarf der breiten Massen bereits wieder völlig von den
 Schäden der Inflation erholt hat, zu finden ist.
 Wir erlauben unsere Filialverwaltungen, überall, wo
 unsern Kollegen ähnliche Zumutungen wie in Dillit gemacht
 werden, sofort bei dem Verwaltungsausschuß des Arbeits-
 nachweises Beschwerde zu führen, und wo das nicht hilft,

dem Verbandsvorstand Mitteilung zu machen. Auch die
 Ortsausstände des ADGB, müssen um ihren Beistand
 ersucht werden.

Lackierer.

Zum Lohnstreit in der Berliner Karosserieindustrie.
 Der vom Schlichtungsausschuß für die in den Karosserie-
 und Wagenbaubetrieben beschäftigten Arbeiter gefällte
 Schiedsspruch erhöht die Stundenlöhne und Akkordbasen
 von der laufenden Lohnwoche ab um 10 respektive 7%.
 Danach würde sich der Lohn für Facharbeiter der Gruppe 1
 auf 86 J., für die Gruppe 2 auf 77 J. stellen. Die Akkord-
 basen betragen 82 und 73 J. Die Löhne der andern
 Gruppen erhöhen sich im Verhältnis der bisherigen pro-
 zentralen Staffelung. Die Geltungsdauer des Lohnab-
 kommens ist bis zum 31. März dieses Jahres festgesetzt
 worden.
 Eine Funktionärskonferenz der beteiligten Betriebe be-
 schäftigte sich längere Zeit mit diesem Spruch. Die Dis-
 tussionsredner gaben ihrer Unzufriedenheit über das
 magere Ergebnis der Verhandlungen Ausdruck und kriti-
 sierten auch die lange Geltungsdauer. Schließlich wurde
 das Ergebnis doch gegen eine sehr starke Minderheit an-
 genommen.
 Adm. Der Streit in der Karosserie- und Autoindustrie
 ist noch vor Weihnachten mit vollem Erfolg für unsere
 Kollegen beendet worden.

Aus unserm Beruf.

Berufsunfälle. Infolge Bruchs einer Trittleiterstange
 stürzte in Hannover der Kollege G. Breer so unglücklich,
 daß er sich einen Oberschenkelbruch zuzog und ins Kranken-
 haus überführt werden mußte. — In Frankfurt a. d. O.
 erlitt der bei der Firma Biesch beschäftigte Kollege Hamer
 einen schweren Unfall. Er war beim Aufbauen eines Gerüstes
 beschäftigt, wobei er abstürzte und mit dem Kopf auf die
 Eisenstangen aufschlug. Der Bedauernswerte erlitt außer
 einer schweren Gehirnerschütterung einen komplizierten Knochen-
 bruch.
 Dortmund. Am 28. Dezember erlitten unsere lang-
 jährigen Mitglieder Richard Marks und Hermann
 Stahnke auf dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch einen
 schweren Unfall. Morgens, kurz nach Beginn der Arbeitszeit,
 brach die Bohle, auf der beide Kollegen standen, durch,
 und stürzten aus einer Höhe von 12 m ab. Durch den Absturz
 hat der Kollege Marks derartig schwere Verletzungen erlitten,
 daß er nach einigen Stunden starb. Der Kollege Stahnke liegt
 schwer verletzt im Krankenhaus. Schuld an diesem Unfall
 wird vorwiegend in der Antreiberet, die in letzter Zeit auf
 den Werken in vollster Blüte steht, zu suchen sein, weil dadurch
 den Kollegen nicht immer die notwendige Zeit und Sorgfalt
 beim Ausschneiden des Gerüstmaterials gegeben ist. Wie kann
 es sonst vorkommen, daß 2 Kollegen, die als sehr vorsichtig
 bezeichnet werden, sich auf eine Bohle stellen, deren Span-
 nweite über 3,50 m betrug. Die Bohle war, wie sich später
 herausstellte, nicht astfrei und ein Ast durchgehend, so daß ein
 Bruch unvermeidlich war. Eine Untersuchung des Gerüst-
 materials durch den Vorarbeiter scheint nicht erfolgt zu sein.
 Kollegen! Es sind im verflochtenen Jahre eine Reihe von
 Unfällen in Dortmund vorgekommen, aber ganz selten hat die
 Organisationsleitung Nachricht hiervon erhalten oder erst zu
 spät. Es muß für jeden Verbandskollegen Pflicht sein, aber
 die Unfälle in unserm Beruf so schnell wie möglich zu berichten,
 ganz gleich, ob der Unfall Verbandskollegen betroffen hat
 oder Blau. Es ist unsere Pflicht, die Unfälle in der Deffent-
 lichkeit zu besprechen, damit festgestellt werden kann, ob die
 Vorschriften der Berufsgenossenschaften von den Arbeitgebern
 immer innegehalten werden.
 Hamburg. Beim Anbringen von Buchstaben stürzte
 der Schildermaler, Kollege Ehlers von einer 8 m hohen
 Leiter und erlitt dabei einen Armbruch. Die Leiter brach
 unten in einigen Metern Höhe durch. Dabei stellte sich heraus,
 daß schon eine alte Bruchstelle vorhanden war, die man
 vorher nicht bemerken konnte.
 In letzter Zeit haben sich die Berufsunfälle und Gerüst-
 einstürze sehr gehäuft. Noch am 27. Dezember vorigen Jahres

der Plan Yorks war, die bestehenden Gewerkschaften
 Richtungen in beruflicher Gliederung zu Zentralverbänden
 feintigen, sie aus der politischen Abhängigkeit der beiden
 stischen Parteien zu befreien, ein einheitliches Unter-
 gegensystem für alle Verbände zu schaffen, die Arbeits-
 planmäßig zu führen und die deutschen gewerkschaft-
 Vereinigungen dem englischen Vorbild damit näher
 lassen. Die einzelnen Verbände sollten in einer gemein-
 zentralen „Union“, zusammengefaßt werden,
 welche Unionkongress und eine eigene Gewerkschafts-
 g sollten weiter den Interessen der Gewerkschaften dienen.
 been Yorks fanden teils Widerspruch, teils auch Zu-
 ung. Nach Bebel, der den Niedergang der Gewerk-
 auch auf den Parteistreit zurückführte, sprach sich im
 „Staat“ für eine politisch neutrale Stellung der Gewerk-
 innerhalb der Arbeiterbewegung aus; denn in den
 schaften komme den Massen das Klassenbewußtsein,
 unten den Kampf mit der Kapitalmacht führen und
 in ohne Zutun auch zu Sozialisten. Die „Union“ dürfe
 in allgemeiner Mischung sein, sondern eine Organi-
 in nach Gewerke. Nach einem Aufruf Yorks im
 1871 befaßte sich auch der Kongress der Sozialdemo-
 kratischen Arbeiterpartei in Dresden im August 1871 mit den
 von York. Es fand eine Sonderberatung der an-
 den Gewerkschaftsvorsteher statt, und auf Antrag Bebel
 ein Komitee zur weiteren Verfolgung des Yorkschen
 s. eingesetzt. Schließlich gelang es York, einen Ge-
 schäfts-Kongress zustande zu bringen, der vom 15.
 7. Juni 1872 in Erfurt tagte und von 61 Abgeord-
 mit 65 Mandaten besetzt war, die 11388 Arbeiter
 ten. Die Grundanschauung seiner Gedanken legte York
 genden Resolution nieder, die auch einstimmig an-
 genommen wurde:
 In Erwägung, daß die Kapitalmacht alle Arbeiter, gleich-
 ob sie konservativ, fortwärtlich-liberal oder sozialistisch

sind, gleich sehr bedrückt und ausbeutet, erklärt der Kongress es
 für die heiligste Pflicht der Arbeiter, allen Parteihader beiseite
 zu setzen und auf dem neutralen Boden einer einheitlichen
 Gewerkschaftsorganisation die Vorbedingung eines erfolgreichen
 kräftigen Widerstandes zu schaffen, die bedrohte Existenz sicher-
 zustellen und eine Verbesserung ihrer Klassenlage zu erkämpfen.
 Insbesondere aber haben die verschiedenen Fraktionen
 der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Gewerkschafts-
 bewegung nach Kräften zu fördern, und der Kongress spricht
 sein Bedauern darüber aus, daß die Generalversammlung des
 Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einen gegenteiligen
 Beschluß gefaßt hat.
 Die Verwirklichung dieser Resolution und auch der Union
 stieß auf mancherlei Schwierigkeiten bei den einzelnen Gewerks-
 schaften selbst und wurde auch durch polizeiliche Schikane
 beeinträchtigt. Anfang 1874 verwirklichte York seinen Plan
 mit dem Gewerkschaftsblatt, und monatlich erschien nunmehr
 „Die Union“. Eine lebhaftere Agitation setzte damit ein.
 Im selben Jahre fand auch wieder ein Union-Kongress
 in Magdeburg vom 25. bis 28. Juni statt. Es herrschte
 auf diesem Kongress eine ziemlich Uebereinstimmung mit den
 Yorkschen Auffassungen über die politische Neutralität in den
 Gewerkschaften. Aber einerseits durch den Tod Yorks am
 1. Januar 1875, andererseits durch ein allgemeines Streben der
 Arbeiterschaft nach politischer Einigung wurden die Ideen
 Yorks nicht weiter entwickelt, und das Wenige, was York
 bis zu seinem Tode aufgebaut hatte, verfiel ebenfalls wieder
 der Auflösung.
 Wenn auch die Yorkschen Ueberlegungen in Anbetracht
 der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage und dem später
 folgenden Sozialismus sich nicht auswirken konnten, so
 hat dieser einfache Arbeiter doch sehr viel zur theoretischen
 Klärung der Dogmen der damaligen Arbeiterwelt bei-
 getragen. Als die Gewerkschaften nach dem Falle des Sozialisten-

gefehcht 1892 für einen Neuaufbau der Gewerkschaften
 zu entscheiden hatten, da waren es zum guten Teil Yorksche
 Gedankengänge, die verwirklicht wurden: Berufliche
 Gliederung der Gesamtarbeiterschaft, zentralistisches
 System der einzelnen Verbände, eine gemeinsame Spitze aller
 Verbände (Generalkommission), ein gemeinsames gewerkschaft-
 liches Zentralorgan (Corr.-Blatt) und die periodischen Gewerks-
 schaftskongresse.
 An der Klärung und Fortentwicklung der übrigen Pro-
 bleme der damaligen Zeit hatte York ebenfalls hervorragenden
 Anteil. Zur Entscheidung standen folgende Hauptprobleme:
 1. Sollen die Gewerkschaften Anhängel der Par-
 teien bilden oder selbständige, von Parteien unabhängige
 Organisationen werden?
 2. Sind die Gewerkschaften notwendig im
 sozialen und wirtschaftlichen Emanzipationskampf?
 3. Ist das Lassallesche Cherner Lohngesetz wirk-
 lich ein unabänderliches Naturgesetz, oder ist vielmehr die
 Marx'sche Lohntheorie richtig?
 4. Ist die Sozialpolitik ein Mittel zur Befreiung
 des Proletariats, oder ist die Anschauung der Lassalleaner
 richtig, daß man die Sozialpolitik dem Staat nicht überlassen
 dürfe, da dadurch nur die ganze Arbeiterschaft unter Polizei-
 aufsicht gestellt würde.
 Diese vier Hauptprobleme, die heute längst entschieden
 sind, bewegten das Denken im ersten Jahrzehnt einer nach
 Kristallisierungspunkten suchenden deutschen Arbeiterbewegung.
 Und in diesem geistigen Ringen war der Zirkler Theodor
 York einer der klarblickendsten Köpfe. Darum ist es Pflicht
 der deutschen Gewerkschaftsbewegung, seiner an seinem
 50. Todestage zu gedenken.
 Literatur: Müller, Geschichte der Gewerkschaften bis 1890. —
 Wuerba, Marx und die Gewerkschaften. — Swing, Geschichte der
 freien Gewerkschaften.

berichtet der „Vorwärts“ von einem schweren Gerüststurz in Tempelhof, wobei ein Arbeiter tödlich und drei schwer verletzt wurden. In größeren Städten werden zum Gerüstbau besondere Arbeitstrümpfe verwendet, aber in vielen Gegenden Deutschlands müssen noch unsere Kollegen selbst die benötigten Gerüste aufstellen. Welch schweren Berufsgefahren sie bei dieser Tätigkeit ausgesetzt sind, ist bekannt, dennoch sind sie durch kein Gesetz ausreichend gegen Unfälle geschützt. Sie sind zwar nach § 544 der Reichsversicherungsordnung gegen Unfälle bei den versicherungspflichtigen Betrieben versichert und genießen auch die „Segnungen“ dieser Unfallversicherung, die aber bekanntlich zu den Gefahren des Berufes in keinem Verhältnis stehen. Die Rente besteht in regelmäßigen, gewöhnlich monatlichen, im voraus zu zahlenden Beträgen; ausnahmsweise kann das Reichsversicherungsamt bestimmen, unter welchen Voraussetzungen die Rente in vierteljährlichen Beträgen zu zahlen ist. Die Höhe der Rente richtet sich nach dem Grade der durch den Unfall erlittenen Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit und der Höhe des von dem Verletzten im letzten Jahre vor dem Unfall bezogenen Arbeitsverdienstes. Bei völliger Erwerbsunfähigkeit erhält er die Vollrente. Diese beträgt zwei Drittel seines Jahresarbeitsverdienstes. Ist der Verletzte durch den Unfall teilweise erwerbsunfähig, so erhält er den Teil der Vollrente, der dem Maße der Einbuße seiner Erwerbsfähigkeit entspricht. Außerdem erhalten diejenigen, die eine Rente von zwei Drittel oder die Vollrente beziehen, eine Sonderzulage von monatlich 15 M. Soll der Facharbeitermangel im Baugewerbe behoben werden, dann muß der Gesetzgeber seine Aufmerksamkeit den gefährlichsten Berufen zuwenden. Der ausbleibende Baumarbeiter kommt in starke Bedrängnis, wenn seine Arbeiter bei Unfällen und ähnlichen Gefahren nicht das Gefühl haben, ihre Familien ausreichend geschützt zu sehen.

Märzberg. Der Geschäftsgang war hier bisher der Jahreszeit entsprechend immer noch sehr gut. Die Arbeiten im Freien und in den Kleinwohnungsbauten werden noch ungehindert fortgesetzt. Wenn sich die Witterungsverhältnisse nicht ganz ungünstig gestalten, dürfte die übergroße Mehrzahl der Kollegen im Baufach durchbeschäftigt werden können. Aber auch in der Industrie zeigt sich eine Wiederbelebung, so daß mehrfach auch hier Kollegen wieder unterkommen gefunden haben. — Die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung hat das Vertrauen in die Organisation wesentlich gestärkt und die Kollegen zuverlässiger gestimmt, was sich u. den kommenden Wochen für den weiteren Aufstieg unseres Verbandes auswirken wird. Durch die verhältnismäßig günstige Geschäftslage wird sich auch die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung in mäßigen Grenzen halten. Das sollte den Hauptvorstand veranlassen, möglichst bald zur Wiedereinführung auch der Krankenunterstützung Stellung zu nehmen.

Sozialpolitisches.

Mehrere sozialpolitische Entwürfe hat das Reichsarbeitsministerium dem neu zusammentretenden Reichstag vorgelegt. Er soll jetzt zu ihrer Ratifizierung schreiben, und zwar empfiehlt die Regierung die Ratifizierung eines „Übereinkommens“ — aus sechs in Washington getroffenen, und außerdem von sechs „Vorschlägen“. Das Übereinkommen (Konvention), das ratifiziert werden soll, behandelt die Arbeitslosigkeit und macht der Regierung zur Pflicht, dem internationalen Arbeitsamt in möglichst kurzen Zeiträumen mindestens aber alle drei Monate, genaue statistische Angaben über die Arbeitslosigkeit und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung mitzuteilen. Ferner ist ein System öffentlicher Arbeitsnachweisestellen einzurichten die unentgeltlich arbeiten. (Gegenwärtig werden diese Nachweisestellen zum größten Teil von den Beiträgen der Arbeiter und Unternehmer erhalten, indem ihre Kosten aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden.) Wichtig ist die weitere Bestimmung des Übereinkommens, demzufolge das Arbeitsamt im Einverständnis mit den beteiligten Ländern auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Arbeitsnachweise der einzelnen Länder hinzuwirken habe. Hier liegt ein Anknüpfungspunkt zur internationalen Regelung vor, der deshalb Beachtung verdient. Von den übrigen fünf Konventionen betrifft die wichtigste die achtstündige Arbeitszeit. Nach der Zusammenkunft der Arbeitsminister in Viena ist zu erwarten, daß endlich auch dieses Übereinkommen ratifiziert wird. Damit können auch die drei anderen Übereinkommen, die mit der Regelung der Arbeitszeit zusammenhängen und die Nachtarbeit der Frauen und der Jugendlichen sowie das Mindestalter für die Zulassung der Kinder zur gewerblichen Arbeit betreffen, ebenfalls ratifiziert werden. Das höchste Übereinkommen bezieht sich auf die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft. Die Regierung und der Reichstag haben trotz der Befürwortung des Reichswirtschaftsrates die Ratifizierung dieses Übereinkommens nicht empfohlen.

Die sechs Entwürfe, die dem Reichstag vorgelegt wurden, entsprechen den sechs „Vorschlägen“ der Washingtoner Konferenz. Von ihnen bringen nur drei wesentliche Neuerungen. Die Vorschläge über die Arbeitslosigkeit, den Schutz der Jugendlichen und der Frauen gegen Arbeitslosigkeit und die Schaffung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes. In bezug auf die Arbeitslosigkeit ist neben der Arbeitslosigkeit empfohlen, eine Maßnahme, die in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren mit Erfolg durchgeführt wurde. Die gewerkschaftlichen Arbeitslosenstellen sollen erhalten werden; ein kurzer bestimmter Zeitraum für die Schlichtung dieser schädlichen Zustände ist bedauerlicherweise nicht vorgesehen. Anwerbungen von Arbeitergruppen in einem anderen Lande werden einer internationalen Regelung unterworfen. Der Schutz der Jugendlichen und der Frauen soll in der Weise weiter ausgebaut werden, daß die Altersgrenze für die Jugendlichen von 15 auf 18 Jahre hinaufzusetzen und daß künftig die Beschäftigung der Jugendlichen und der Frauen noch bei einer Anzahl weiterer, im einzelnen aufgeführter Arbeitsbedingungen gesundheitsgefährdender Natur zu unter-

sagen ist. Die Schaffung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes soll die Aufstellung eines besonderen, mit dem Schutze der Gesundheit der Arbeiter betrauten öffentlichen Dienstes bedeuten, der neben der Gewerbeaufsicht tätig ist. Wichtig ausgeführt bedeutet dieser Vorschlag mehr die Zuteilung einiger Gewerbebetriebe an die deutsche Gewerbeaufsicht, was bereits früher erfolgte. Die übrigen drei Vorschläge betreffen die Gegenseitigkeit in der Behandlung der ausländischen Arbeiter, die Verhütung des Milzbrandes und das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor in der Zündholzindustrie. Der erste Vorschlag in bezug auf die ausländischen Arbeiter bedeutet für die deutsche Praxis keine Neuerung, doch kann die Ratifizierung für die deutschen Arbeiter im Ausland von Vorteil sein. Das Phosphorverbot ist bereits seit längerer Zeit in Gültigkeit.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Der auf dem Gebiete der Arbeitspsychologie bekannte Wissenschaftler F. W. Gilbreth ist vor kurzem gestorben. Er wird mit Taylor zusammen genannt, seine Bedeutung geht aber nach maßgebenden Urteilen über die Taylors hinaus. Gilbreth machte seinen Namen zuerst durch seine Untersuchungen über das Baugewerbe bekannt. Seine Maurerarbeiten wurden auch in Deutschland beachtet. Früher mußte sich ein Maurer hundertmal am Tage bücken, um die Ziegelsteine zu fassen. Gilbreth ersparte ihm durch seine Geräte, Förderanlagen und geschickte Ausnützung der Schwerkraft einen großen Teil der Mühe. Seine Arbeiter, die früher den ganzen Tag hart arbeiten mußten, um 1000 Steine zu verlegen, konnten jetzt mit geringerer Anstrengung 2700 pro Tag legen. Grundlegend waren Gilbreths Bewegungsstudien. Die Taylorischen Zeitstudien, die mit der Stoppuhr bewerkstelligt wurden, sollten durch die Bewegungsstudien Gilbreths verbessert und anwendbar gemacht werden. Die Bestandteile einer Bewegung können nämlich von seinem Beobachter, selbst wenn er die beste Stoppuhr hat, festgehalten werden. Gilbreth gelang es, mit Hilfe des photographischen und des Kinoapparates die 17 Grundelemente eines Bewegungsablaufes zu ermitteln, die bei jeder Arbeit in veränderter Folge wieder vorkommen. Die Bewegungen lösen sich immer wieder in die gleichen Elemente und Grundzeiten auf. Diese sollen den Grundstock zu wirklichen Zeitnormen geben. Die Bewegungsstudien Gilbreths sind insbesondere die durch ihn angeregte Methode kann, falls sie nicht zur Ausbeutung der Arbeitskraft, zur Erpressung von Höchstarbeit mißbraucht, sondern zur Vermeidung unnützer und den Körper schädigender Bewegungen verwendet wird, für die Arbeiterschaft von großem Nutzen sein. Gilbreth schwelgte in der Tat ein solcher Erfolg vor, er hat die Arbeitsprobleme von dieser Seite her betrachtet und war unter den ersten, die sich mit der Ermüdung der Arbeiter und der Verhütung der Ermüdung befaßten. Er war Vorsitzender des Ausschusses des amerikanischen Ingenieurverbandes zur Verhütung der Ermüdung und gründete ein Museum zur Erforschung und Ausmerzung unnützer Heberanstrengung. In seinen eigenen Ermüdungsstudien hat er den Beweis erbracht, daß je automatischer die Arbeit verrichtet wird, um so geringer die Ermüdung ist. Im übrigen werden seine Forschungsmethoden in der Arbeitswissenschaft hart umstritten.

Verschiedenes.

Russische Ausstellung auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1925. Die Handelsvertretung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken in Deutschland wird auf der Leipziger Frühjahrsmesse wieder eine umfangreiche Ausstellung russischer Erzeugnisse, und zwar sowohl von Fertigfabrikaten wie von Rohstoffen veranstalten. In der Messeausstellung Universität wird russische Kleinfabrikate gezeigt werden, wie sie früher im Graßmusem vertreten war, während in der Diele des Alten Rathauses russische Rohstoffe, wie Hauf, Flach, Wolle, Häute, Felle, Borsten, Erze, Arznei-Kräuter usw., ausgestellt werden.

Vom Ausland.

Mexiko. Der neue Präsident von Mexiko, General Calles, hat Anfang Dezember sein Amt angetreten. Calles ist der Nachfolger des Generals Obregon, und gleich diesem bekannt er sich zu den grossen Massen der arbeitenden Bevölkerung, denen er, wie er selbst behauptet, seine Wahl zu verdanken hat. Nach seiner Wahl erklärte er, dass seine Bestrebungen der „Verbesserung des Schicksals der Ausgebeuteten“ gelten würden. Calles ist Anhänger des internationalen Achtstundentages und des Alkoholverbotes. Er ist, wie „Economist“ schreibt, für einen gemäßigten Sozialismus. Zwei Fragen stehen in Mexiko im Vordergrund: Die Agrarfrage und das Oel. General Obregon hat eine radikale Agrarreform — Landverteilung — in die Wege geleitet. Calles selbst war Grossgrundbesitzer, der sich aber energisch für die Agrarreform einsetzte. Der Grossgrundbesitz wird enteignet. Jedem Bürger wird das Recht auf ein Stück Boden, das er mit seiner Familie bebauen kann, zugesichert. Der Bürgerkrieg am Anfang dieses Jahres war unter der Führung von Huerta von den Grossgrundbesitzern angezettelt, die durch Obregons Sturz die Aufteilung ihres Bodens verhindern wollten. Merkwürdigerweise hat das amerikanische Oelkapital den Erfolg der Gegenrevolution verhindert. Obregon musste, um seinem Lande die internationale Anerkennung und damit die unentbehrlichen Kredite zu verschaffen, die Forderungen des amerikanischen Oelkapitals, das in Mexiko Oelgruben in ungeheurem Umfang besitzt, erfüllen. Dieses bleibt von der Sozialisierung ausgenommen und wird steuerliche Vorrechte genießen. Wegen der Aufrechterhaltung dieses ihm günstigen Vertrages hat das amerikanische Oelkapital und die hinter ihm stehende amerikanische Regierung Obregon unterstützt und ihm

zum Siege verholfen. Calles muss denselben Weg einschlagen; er muss dem Oelkapital der Vereinigten Staaten und auch dem anderweitigen Kapital Zugeständnisse machen, um es in das verarmte Land hineinzulockern. Aus den ungeheuren Oelquellen Mexikos wurden im Jahre 1923 150 Millionen Fass Oel, in der ersten Hälfte 1924 71 Millionen Fass Oel gewonnen. Die Gerichte eines Vorseigns der Oelquellen haben sich nicht als tätig, Verzichtswissen es wurden an Stelle der siegten neue, noch ertragsreichere erbohrt.

Literarisches.

Internationales Arbeitsrecht. Eine Einführung von Hans Koppel. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 4, 48 Seiten. Preis 1 M. 20 Pf. Schrift ist die Arbeiter und die Angehörigen mit dem Internationalen Arbeitsrecht, seinen Zwecken und Zielen vertraut machen. Es enthält eine ausführliche Darstellung der Tätigkeit der Gewerkschaften aus schlagendem Genese ist. Die Schilderung erstreckt sich auf die Vorgänge während des Weltkrieges und der Nachkriegszeit die einschlägige Literatur ist jeweils angegeben. Als Ergänzung sind gegeben: 1. Die Programme von Bern und Bern, 2. von Wien über die Internationale Arbeitskonferenz und 3. der Weltkongress in Washington über die Arbeitslosenversicherung. Da die Gewerkschaftenmitglieder zur Durchführung ihrer Aufgaben und zur Erhaltung ihrer Zusammenhänge unbedingt einen Gesamtüberblick haben müssen ist die Anschaffung dieser Broschüre sehr zu empfehlen.

Der Frauen Kampf für 1925. 4. Jahrgang. Preis 1 M. Durch alle Parteibuchhandlungen zu beziehen. Die Herausgeberin Wilhelmine Köhler hat auch für diesen Jahrgang bewährte Mitarbeiter gefunden. Neben Kräftigen belehrenden Inhalts, die den Geschäften der Frau erweitern und ihr Wissen vertiefen, bringt „Der Frauen Kampf“ auch wieder eine Reihe Erzählungen, Novellen, Gedichte sowie hübsche Strichzeichnungen und zwei farbige Kundblätter, die in freien Stunden der Erbauung und der Freude bereiten werden. Einem Preis von 1,50 M. ist „Der Frauen Kampf“ ein wirklich volles Buch, das alle unsere Frauen besitzen sollten.

Der Arbeiterkampf in Italien und Frankreich. Eine Gewerkschaftsstudie unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterorganisationen. Die Auswirkungen des Kampfes und seine Opfer. Bearbeitet von Hermann Salomon, Frankfurt a. M. Druck und Verlag: Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Der Arbeiterkampf und die Lohnpolitik in England. Von Dr. Salomon Schwarz. Thüringer Verlagsanstalt und Druck G. m. b. H., Jena. Der Verfasser, der jahrelang in England gearbeitet hat, will in einer Arbeit, deren erster Teil nun vorliegt, eine weitestgehende Schilderung der Verhältnisse und Lage der russischen Arbeiter geben.

Umanach des Arbeiterjugend-Verlags 1925. 100 Zeitschriften 16 Seiten Kunstdruck, illustriert. Preis 1,75 M. Arbeiterjugend-Verlag Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Zum erstenmal gibt der rührige, immer auf Besseres und Weiteres seiner Mitarbeiterinnen bedacht Arbeiterjugend-Verlag einen Jahres Almanach heraus. Das prächtig drucktechnisch vorzüglich hergestellte Buch zeigt in wechselnder Folge Bilder und Prosaarbeiten, herrliche Aufsätze, Kompositionen, Mühsal und Zeichnungen. Es tritt in ihm in Form mit weisheitsvollen alten Kameraden eine gütige und künstlerisch schaffende Mannschaft der jungen sozialistischen Generation auf den Plan und gibt Zeugnis von reichem Geistes- und Willensreichtum, aus denen die Kultur des Sozialismus wachsen wird. Wäge dieser Almanach allerwärts Eingang finden!

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit Stadt und Land. Verlag: J. G. W. Dietz Nachfolger G. m. b. H. Berlin SW 68. Der Bezugspreis dieser gutgeleiteten kommunalpolitischen Zeitschrift beträgt monatlich 1,20 M. Bei allen Postanstalten oder Buchhandlungen kann abonniert werden.

Vom 4. bis 10. Januar ist die 2. Beitragswoche.

Bekanntmachung.

Der Stand unseres Verbandes gestattete es dem Vorstand zu beschließen, daß vom 1. Januar an die Streikunterstützung in voller Höhe zu gewähren ist. Es gelten demnach von nun an die vom Beirat am 20. und 21. Oktober 1924 beschlossenen Höchstsätze. (Siehe Seite 6 des kürzlich herausgegebenen, vom 1. Dezember 1924 an gültigen Statuten nachtrages.) Wir hoffen, daß wir nie wieder durch außergewöhnliche Verhältnisse zu Einschränkungen gezwungen sind. Der Beschluß wirkt vom 1. Januar an auch für alle zur Zeit bestehenden Bewegungen. Der Vorstand.

Sterbetafel.

Machen. Am 14. Dezember starb unser Mitglied Josef Strüver im Alter von 68 Jahren an Lungenerkrankung.

Dortmund. Am 12. Dezember starb nach langer Krankheit unser Mitglied Theodor Simanowich, geboren am 17. Februar 1869 zu Dortmund, an Magenkrebs. Am 23. Dezember starb infolge eines Absturzes, wodurch er einen Schädelbruch erlitten hatte, unser Kollege Richard Marks, geboren am 26. November 1888 zu Dortmund.

Hamburg. Am 23. Dezember starb unser langjähriges Mitglied Carl Post im Alter von 57 Jahren.

Plauen. Am 23. Dezember starb unser langjähriges Mitglied Julius Keil im Alter von 70½ Jahren. Eingetreten am 15. November 1910 in Plauen.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Tüchtige Ladierer

sucht durch Arbeitsnachweis Dessau

Dessauer Waggonfabrik A.G.

Dessau.

Dem Angebot sind Zeugnis-Abschriften beizufügen.